

## Warum zweijährige Ausbildungsberufe eine falsche ausbildungs- und beschäftigungs-politische Weichenstellung sind

- Acht Argumente der IG Metall -

*Zur Sache...*

Was der alten Bundesregierung aufgrund gewerkschaftlicher Proteste und möglicher Unwägbarkeiten bei Gefährdung des Konsensprinzips in der beruflichen Bildung nicht gelungen ist, in den **Koalitionsvereinbarungen von ROT/GRÜN** wurde es zum Programm: die **Einführung zweijähriger modularer Ausbildungsberufe**.

Unrühmlicher Zwischenstopp einer Debatte, deren Befürworter bestenfalls in dem Glauben handeln, den sogenannten leistungsschwachen jugendlichen Schulabgängern eine Ausbildungschance zu vermitteln, wenn auch zweiter Klasse. Und dabei **vermeintlich** auch noch dem **Mittelstand das Leben zu erleichtern**, braucht er doch jetzt nur noch zwei Jahre auszubilden und kommt dabei billiger weg als bei einer 3- oder gar 3 ½-jährigen Ausbildungszeit. So könnte dem mittelständischen Unternehmertum auf die Sprünge geholfen und gleichzeitig den „Schwachen eine Chance“ gegeben werden.

Und nur die Ewig-Gestrigen **Gewerkschaften** sind es angeblich, die solchen Fortschritt und das schöne Einvernehmen zwischen Wirtschaft und Politik **verhindern** wollen. Aus purer Rechthaberei, ordnungspolitischem Starrsinn und Ignoranz gegenüber den Realitäten. Oder gibt es noch andere **Gründe**?

Wir meinen ja und fassen sie im Folgenden kurz zusammen:

IG Metall Vorstand  
Ressort Bildungs- und  
Qualifizierungspolitik  
November 2002 -Ku  
96/02



## Acht Argumente der IG Metall gegen 2-jährige Berufe:



### **1. Zweijährige Ausbildungsgänge gefährden die Attraktivität des dualen Systems beruflicher Bildung und verstärken die Gefahr des Facharbeitermangels.**

Seit Jahren wird, allen voran von den Arbeitgeberverbänden der Metallindustrie, die abnehmende Attraktivität gewerblich-technischer Ausbildung europaweit beklagt. Teure Imagekampagnen zur Attraktivitätssteigerung gewerblich-technischer Ausbildung werden durch die Schaffung eng spezialisierter, auf praktisches Lernen im Betrieb reduzierte Ausbildungsgänge konterkariert. Der Attraktivitätsgrad einer Ausbildung steigt realistisch mit der Attraktivität der Arbeit, auf die diese Ausbildung hinführt. Was Einkommen, Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen betrifft, gehören Hilfs- und Angelerntentätigkeiten, auf die zweijährige Berufe in der Regel vorbereiten, nicht zu den von Jugendlichen und ihren Eltern als besonders attraktiv eingeschätzten Arbeitsplätzen.



### **2. Zweijährige Ausbildungsberufe sind eine bildungs- und beschäftigungspolitisch falsche Weichenstellung und führen den Mittelstand ins Abseits.**

Zweijährige Ausbildung als vermeintlicher Beitrag zur Mittelstandsförderung steht den ausbildungspolitischen Zielsetzungen der rot-grünen Bundesregierung diametral entgegen. Zu diesen Zielen gehört die Förderung von Eigenverantwortung, von Kreativität und Unternehmertum. Durch die Einschränkung der Ausbildung auf die Vermittlung von Basisqualifikationen wird aber gerade die Entwicklung übergreifender Fähigkeiten/inhaltsübergreifender Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen erschwert. Der Erwerb übergreifender Prozessqualifikationen gilt heute als die Schlüsselkompetenz für wirtschaftlichen Erfolg auf der Basis von Innovation und Modernisierung. Das aber erfordert Ausbau und Weiterentwicklung, nicht Abbau qualifizierter Ausbildung.



### **3. Es ist eine Illusion anzunehmen, dass Betriebe, die jetzt nicht bereit sind, schwächer lernende Jugendliche, bzw. als leistungsschwach eingestufte Jugendliche auszubilden, dies dann in zweijährigen Berufen tun werden.**

Angesichts gestiegener und veränderter Anforderungen, vor allem im überfachlichen, prozessübergreifenden Bereich, versuchen Betriebe schon heute, schulisch gut Vorgebildete und sozial integrierte Jugendliche auszuwählen. Jugendliche eben, die aufgrund ihrer schulischen und sozialen Herkunft ein Gutteil der Voraussetzungen mitbringen, an denen die Betriebe ansetzen können, um neue kommunikative Kompetenzen, Fähigkeit zur Selbststeuerung usw. möglichst

ohne zusätzlichen Aufwand, ohne zusätzliche Ausbilderqualifizierung oder den Einsatz besonderer didaktischer Instrumente zu vermitteln. Da als lernschwach eingestufte Jugendliche oft auch „sozial“ schwach und/oder in der ein oder anderen Weise verhaltensauffällig sind, brauchen sie aber nicht weniger, sondern mehr pädagogisch didaktische Zuwendung – unabhängig von den fachlichen Anforderungen des Ausbildungsberufes.



**4. Die beabsichtigte „Verbilligung“ der Ausbildung für die Betriebe findet nicht statt, da bekanntlich das erste und zweite Ausbildungsjahr am kostenintensivsten ist.**

Ganz im Gegensatz zum dritten Jahr, in dem Auszubildende, insbesondere in Klein- und Mittelbetrieben und im Handwerk ertragreich eingesetzt werden. Wäre dies anders, dann müssten Auszubildende im Krankheitsfall nicht durch andere Auszubildende vertreten werden, wie es im Handwerk oft der Fall ist. Dessen ungeachtet ist der Widerspruch zwischen einzelbetrieblichem Kosten-Nutzen-Denken in der Berufsausbildung und dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedarf an Höherqualifizierung durch zweitklassige Billigausbildung nicht zu lösen



**5. Zweijährige Berufe sind kein Beitrag zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit (employability).**

Es ist völlig unklar, in welchen Branchen und Bereichen eine steigende Zahl von Absolventen von Schmalspurausbildungsgängen künftig beschäftigt werden können. Auch die neuesten IAB/PROGNOS Bedarfsprognosen belegen „die Nachhaltigkeit des qualifikatorischen Strukturwandels mit der Tendenz steigender Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt“ und damit einhergehend „eine deutliche Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte“

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ergänzt: „Eine zu enge Spezialisierung bereits in der Ausbildung würde daher die Anpassung an neue Anforderungen und lebenslanges Lernen nicht fördern, sondern eher verringern“. <sup>1</sup>



**6. Ein beschäftigungspolitischer „Erfolg“ verkürzter Ausbildung ist allenfalls dann vorstellbar, wenn diese Ausbildungspolitik mit einer politisch gewollten und entsprechend gesteuerten Ausweitung des Niedriglohnsektors gekoppelt wird.**

---

<sup>1</sup> Zit. nach „Veränderte Arbeitswelt - veränderte Qualifikationen, Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarkt und Bildungsstrukturen“, Schriftenreihe des Bundesinstitutes für Berufsbildung, 2002, S.61, S. 49

Es liegt also im existentiellen Interesse von Gewerkschaften und Arbeitnehmern, die Einführung zweijähriger Ausbildungsgänge abzulehnen und durch eine zielgruppengerechte, gesetzlich abgesicherte und mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verzahnte Förderpolitik zu ersetzen.



**7. Die Entwicklung in den neuen Bundesländern beweist: die öffentliche und offizielle Förderung von Kurzausbildung ist eine Fehlinvestition . Sie bundesweit zum Programm zu erheben, heißt Fehlentwicklungen in die Zukunft verlängern.**

In den neuen Bundesländern ist die Zahl öffentlich geförderter Kurzausbildung in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. So wurden z.B. in dem in Kriegszeiten entwickelten und seitdem trotz gewerkschaftlicher Proteste überlebten Beruf des Teilezurichters (2-jährig) in 2001 in den Neuen Bundesländern 4362 Jugendliche ausgebildet. In den alten Ländern waren es im gleichen Jahr nur 2373, wobei im Osten die Tendenz steigend, im Westen fallend ist. Nun sind aber in den neuen Bundesländern weder eine überproportionale Zahl von Neugründungen noch ein Aufwuchs an Beschäftigung in der Metallindustrie zu verzeichnen. Gerade die nach wie vor schwächelnde Metallindustrie kann mit unzureichend qualifizierten Fachkräften wenig anfangen, schon gar nicht ihre Position auf den Weltmärkten verbessern. Es macht aber wenig Sinn, eine Politik, deren Perspektivlosigkeit sich bereits erwiesen hat, in die Zukunft zu verlängern.



**8. Eine Bundesregierung, die sich um die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und die Zukunft der Jugend verdient machen will, sollte von Minderqualifizierung Abstand nehmen, ihre öffentliche Verantwortung wahrnehmen und gewerkschaftliche und gesellschaftliche Reformforderungen endlich aufgreifen.**

Dazu gehört die Sicherstellung eines ausreichenden und auswahlfähigen Angebotes an Ausbildungsplätzen auf der Grundlage eines öffentlich geregelten, zukunftsfesten Finanzierungssystems. Dazu gehört ein das gesamte Bildungssystem einbeziehendes öffentlich kontrolliertes Aus- und Weiterbildungssystem.

## ***Auszug aus dem Koalitionsvertrag***

### **Aus dem Kapitel Wirtschaft:**

- **Mittelstandsinitiative**



Unser Land braucht mehr Unternehmerinnen und Unternehmer. In der Wissensgesellschaft von morgen sind mehr denn je Menschen gefragt, die den Mut haben, eigene unternehmerische Ideen zu verwirklichen, Verantwortung zu übernehmen und Arbeitsplätze zu schaffen. Wir werden deshalb



- mit einer neuen Gründerinitiative (Beratung und Information, Existenzgründerlehrstühle, verbesserte Start-up-Finanzierung) den Sprung in die berufliche Selbständigkeit fördern und begleiten. Dazu gehört auch, den unternehmerischen Generationswechsel zu erleichtern sowie den Berufszugang und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern;
- im Handwerksbereich den durch die Leipziger Beschlüsse eingeleiteten Liberalisierungsprozess fortführen (erleichterte Betriebsübernahme durch langjährige Gesellen und Lockerung des Inhaberprinzips) und darauf hinwirken, dass das Handwerksrecht einen wirksameren Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erbringen wird.
- Existenzgründer in den ersten vier Jahren von Kammerbeiträgen der Industrie- und Handelskammern freistellen;
- die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Ausgleichsbank zu einem Förderinstitut zur Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft (Mittelstandsbank des Bundes) mit dem Ziel kostengünstiger Förderinstrumente zusammenlegen;
- die Förderprogramme für den Mittelstand optimieren, den Zugang zu Fördermitteln sichern, die Beteiligungskapitalfinanzierung verbessern und weitere steuerliche Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen einführen;
- mit einer Initiative „Innovation und Zukunftstechnologien im Mittelstand“ die Innovationskompetenz der kleinen und mittleren Unternehmen stärken;
- die Ausbildungsberufe verstärkt modernisieren und hierbei Entscheidungsverfahren straffen, differenziertere, zweijährige modulare Ausbildungsberufe einführen und durch ein reformiertes Berufsbildungsgesetz mehr Jugendlichen eine echte Chance auf eine Ausbildung geben.



Politikentwurf für eine gerechte Politik - jedoch mit Schwächen  
**Bewertung des Koalitionsvertrags von Rot - Grün durch die IG Metall**

Reformprojekte der Zukunft

Die IG Metall hebt als besonders unterstützenswerte Teile der Koalitionsvereinbarung acht Reformprojekte hervor:

1. ...
2. Bildungs- und Ausbildungspolitik

Rotgrün sieht in einer guten Bildung und Ausbildung eine entscheidende Aufgabe für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit in unserem Land. Die IG Metall unterstützt ausdrücklich die Auffassung, dass „eine gute und qualifizierte Berufsausbildung ein Kernstück modernen Bildungspolitik“ ist. „Jeder junge Mensch, der will und kann, soll eine Berufsausbildung erhalten.“ An diesem Versprechen werden wir in der Berufsausbildungspolitik messen. Die IG Metall wird an der Umsetzung dieses Ziels aktiv und entschlossen mitarbeiten. Wir unterstützen das Vorhaben, das Berufsbildungsgesetz zu novellieren, um die duale Ausbildung zu stärken. Die IG Metall wird weiterhin die Modernisierung der Berufe vorantreiben. **Zweijährige, modularisierte Berufe lehnen wir ab, da sie weder den Jugendlichen nützen noch die Attraktivität des dualen Ausbildungssystems nachhaltig fördern.**

Wir vermissen, dass der Betonung des „lebenslangen Lernens“ und der ständigen beruflichen Weiterbildung nicht mit einem Bundesrahmengesetz für Weiterbildung entsprochen wird.